

# Was hält unsere Gesellschaft zusammen?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann

## I. Mein Weg für Baden-Württemberg

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor fast genau fünf Jahren, am 3. Februar 2011, stand ich hier an gleicher Stelle in diesem Raum.

Das war vor der letzten Landtagswahl. Mitten in den Auseinandersetzungen und Debatten um das Bahnprojekt Stuttgart 21.

Damals habe ich meine Rede unter den Titel „Mein Weg für Baden-Württemberg“ gestellt und die Grundsätze meiner künftigen Politik skizziert.

Der lange Streit um Stuttgart 21 hatte die Bürgerschaft gespalten, und ich suchte nach einem neuen Politikstil, nach neuen Verfahren, die die Bürgerschaft wieder zusammen-bringen.

Im Mittelpunkt meiner Überlegungen standen damals eine stärkere Bürgerbeteiligung durch eine „Politik des Gehörtwerdens“ und mehr direkte Demokratie.

Nur ein paar Monate später führte die neu gewählte grünrote Landesregierung zu Stuttgart 21 die erste Volksabstimmung in der Geschichte des Landes durch. Das Ergebnis ist bekannt.

Für uns Grüne war es eine bittere politische Niederlage, und für mich selbst der schwierigste Moment meiner bisherigen Amtszeit. Wir Grüne hatten jahrelang mit großem Engagement gegen Stuttgart 21 gekämpft. Doch dann entschied die Mehrheit gegen uns.

Wir, die wir seit unserer Gründung vehement für direkte Demokratie eingetreten sind, bekamen bei der ersten Probe gleich richtig eins aufs Dach.

Es gehört zur Demokratie dazu, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren, unabhängig davon, wie sie ausfallen. Das haben wir getan, auch wenn es uns sehr schwer gefallen ist.

Vielen Bürgerinnen und Bürgern, die mit uns gegen S21 gestritten haben, ist es ähnlich gegangen. Sie brauchten eine ganze Weile, bis sie das Ergebnis letztendlich akzeptiert haben.

Der Volksentscheid hat die Spaltung überwunden. Er war neben der Entscheidung in der Sache auch ein Mittel des Zusammenhalts.

Wir haben in diesem Konflikt gezeigt, dass wir hart streiten können. Aber auch wieder aufeinander zugehen.

Und wir haben daraus politische Konsequenzen gezogen, haben die Bürgerbeteiligung bei Großprojekten gestärkt, haben die Hürden für Volksentscheide gesenkt, um bei zukünftigen Projekten im Land harte Zuspitzungen weniger wahrscheinlich zu machen. Wir wissen: Streit und Zusammenhalt, beides gehört zusammen, und beides ist unverzichtbar für ein lebendiges Gemeinwesen.

## II. Eine neue Polarisierung

Heute erleben wir erneut eine Verunsicherung vieler Menschen im Land. Wir erleben Polarisierungen in unserer Gesellschaft, aber nicht nur in unserer Gesellschaft, sondern weit darüber hinaus.

Überall sind radikale, rechtspopulistische Bewegungen und Parteien auf dem Vormarsch:

In Frankreich der Front National, in Großbritannien die UKIP, in den Niederlanden Wilders Partei für die Freiheit, in Italien, Ungarn und Schweden sind Rechtspopulisten jeweils die drittstärkste Kraft, in Polen ist die PiS seit einem Jahr an der Regierung, und auch in der Schweiz, dem Musterland der direkten Demokratie, ist die SVP die stärkste Partei.

Bei uns in Deutschland ist am äußeren rechten Rand eine neue Partei entstanden. Und in den USA ist ein Mann auf dem Weg zur Präsidentschaft, der den rechtspopulistischen Bewegungen in Europa in nichts nachsteht.

Gemeinsam ist all diesen Bewegungen, dass sie Menschenrechte und zivilisatorische Errungenschaften in Frage stellen und zur Diskriminierung von Minderheiten neigen.

Sie agieren in einer Sprache, die mit Gewalt liebäugelt. Internationale Bündnisse werden nicht mehr nur kritisiert, sondern in Gänze abgelehnt und bekämpft, von der Welthandelsorganisation bis zur Europäischen Union.

Demokratische Institutionen werden diskreditiert und ihnen die Legitimität abgesprochen. Ich sehe für diese Entwicklung zwei Gründe, die eng miteinander zusammenhängen:

Erstens sind wir in eine neue Phase der internationalen Unordnung, einer neuen Unübersichtlichkeit und mit einer steigenden Zahl internationaler Krisen eingetreten. Die Macht der USA nimmt ab, die Macht anderer Nationen nimmt zu. Die „pax americana“ schwindet, ein neues Ordnungssystem hat sich noch nicht etabliert. Der Glaube an den Sieg von Menschenrechten, Demokratie und Marktwirtschaft nimmt ab, wie auch der Glaube an das Freiheitsversprechen der westlichen Welt.

Vor diesem Hintergrund sind im Umfeld Europas zahlreiche Krisen entstanden, die die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten herausfordern.

Im Osten entwickelt sich Russland zu einem destabilisierenden Faktor, an der Südgrenze Europas ist der Nahe Osten im Aufruhr: Staaten befinden sich in Auflösung, kriegerische Auseinandersetzungen nehmen zu, terroristische Organisationen wie der „Islamische Staat“ ziehen mordend, brandschatzend und vergewaltigend durch Länder wie den Irak oder Syrien und terrorisieren auch uns in Europa.

Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor Gewalt, Verfolgung und Perspektivlosigkeit. Eine Million davon haben wir allein im letzten Jahr bei uns in Deutschland aufgenommen, über 100.000 davon bei uns in Baden-Württemberg.

Zweitens: Vor dieser Kulisse entfaltet sich in nahezu allen westlichen Demokratien eine Krise unseres kulturellen Selbstverständnisses, eine zunehmende Unsicherheit im Hinblick auf die Frage, wer wir sind und was uns ausmacht.

Joschka Fischer sagte vor kurzem in der ZEIT, dass die Identitätspolitik zurückkommt und wir die Identitätsdebatte unbedingt führen müssen.

Viele Menschen fühlen sich fremd im eigenen Land, sehen sich als Opfer gesellschaftlicher Veränderungen, Opfer, denen niemand zuhört, denen die Wahrheit vorenthalten wird, deren Ängste niemand mehr ernst nimmt.

Dort, wo die Mittelschicht bröckelt und viele ökonomisch abgehängt werden, radikalisiert sich die Ränder. Da, wo noch eine intakte Mittelschicht vorhanden ist, steigt die diffuse Angst vor zukünftigen wirtschaftlichen Krisen.

Viele Menschen glauben, sie dürften ihre Meinung gar nicht mehr sagen, obwohl sie sie dauernd sagen. Wenn aber andere ihre extremen Meinungen nicht teilen, sind sie beleidigt. Sie ziehen sich zurück oder radikalisiert sich.

Auf die internationale Bedrohungslage und die neue Herausforderung durch die Flüchtlingskrise hat zu einer starken gesellschaftlichen Polarisierung geführt. Die einen packen an und helfen, die anderen leisten Widerstand, die meisten verbal, eine Minderheit auch mit Gewalt. Die einen setzen auf Europa, die anderen auf den Rückzug in die Mauern des Nationalstaats.

In dieser Situation stellt sich eine Frage dringlicher als je zuvor: Was hält unsere Gesellschaft zusammen?

Einigkeit und Recht und Freiheit hat sich ganz besonders der frühe Liberalismus in Baden und Württemberg „von unten auf“ erkämpft.

Diese Werte kämpferisch mit Klauen und Zähnen heute wieder zu verteidigen: das ist unabdingbar für unseren Zusammenhalt.

Auch mein Amtsvorgänger Erwin Teufel hat um die Erklärung des Zusammenhalts der modernen Gesellschaft gerungen. Er hat mehrfach Fachleute um sich versammelt und sich gefragt: „Wie können wir das positive Erbe der Aufklärung, die Menschenrechte und Bürgerfreiheiten bewahren und gleichzeitig erkennbare Fehlentwicklungen verhindern und korrigieren?“ (Teufel 1996)

Das war ein weitsichtiges Anliegen vor immerhin schon 20 Jahren und ist heute aktueller denn je. Teufels Frage: „Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?“ hat mir schon damals imponiert.

Und genau so Manfred Rommels Ratschlag an die Politik: „Haltet auch ein bisschen zusammen“. Er traf damit eine Haltung, die ich „pragmatischen Humanismus“ genannt habe.

Doch Werte kriegen wir nicht geschenkt. Wir müssen sie erarbeiten, erhalten und uns immer wieder erkämpfen. Was wir dazu bei uns in Baden-Württemberg, in Deutschland und Europa tun müssen, um unsere Werte zu verteidigen und aus den aufgezeigten Polarisierungen wieder herauszukommen, dazu möchte ich im Folgenden Stellung nehmen:

### III. Politik für ein starkes Europa

Die Kernfrage: „Wie viele können wir aufnehmen?“ führt seit Monaten zu einer stetig zunehmenden Brutalisierung der Auseinandersetzung, wie wir sie lange nicht mehr erlebt haben.

Dabei ist Angela Merkels Satz, „Wir schaffen das!“, zu einer Art Fetisch geworden, an dem sich jeder abarbeitet. Alles Weitere wird nahezu ausgeblendet.

Es wird ausgeblendet, dass längst ein gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, dass wir in unseren Kommunen an die Grenzen der Belastbarkeit stoßen.

Es wird ausgeblendet, dass es längst einen Konsens darüber gibt, dass wir nicht Jahr für Jahr eine Million Menschen aufnehmen und integrieren können.

Und es wird ausgeblendet, dass die Bundesregierung und die Länder längst eine Vielzahl von Schritten ergriffen haben, um die Zahl der Flüchtlinge zu senken und den Zugang nach Europa und Deutschland zu ordnen:

Die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Unterstützung der Flüchtlingslager in den Krisenregionen, der Aufbau einer funktionierenden europäischen Außengrenze mit ordnenden Hot Spots, eine Begrenzung des Zustroms aus der Türkei, all dies ist auf dem Weg. Ebenso wie die Beschleunigung der Verfahren mit der vor 1,5 Jahren getroffenen Grundentscheidung, dass diejenigen, die verfolgt werden oder einem Bürgerkrieg entflohen sind, 11 Schutz erhalten, während die anderen in ihre Heimat zurückgeführt werden müssen.

Ein Dissens bleibt allerdings bestehen. Dabei geht es um die Frage, wie viel uns Europa, wie viel uns eine europäische Lösung der Krise wert sein sollte. Mir ist sie sehr viel wert. Und mehr noch: ich halte eine europäische Lösung für essentiell:

Unsere geopolitische Lage in der Mitte Europas hat sich ja in den letzten Monaten nicht verändert. Sie hat uns über Jahrhunderte in eine endlose Folge von Konflikten und Kriegen verwickelt – mit Millionen von Toten und Verwundeten.

Über eine lange Zeit war immer dasselbe Spiel zu beobachten: Wenn sich das Zentrum stark fühlte, stieß es in die Peripherie vor, und wenn das Zentrum schwach schien, war es umgekehrt. Kleine Konflikte schaukelten sich zu großen Krisen hoch, manche Kriege dauerten Jahrzehnte.

Erst nach den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts wuchs die Einsicht, dass man Zentrum und Peripherie verbinden und integrieren muss, um Frieden zu schaffen. Das war die Geburtsstunde des politischen Europas, getragen von der deutsch-französischen Versöhnung.

Dies führte zu der bisher längsten Friedenszeit in der Geschichte Europas und zu einem Raum der begehrten Freiheiten.

Daneben erbrachte die Europäische Integration noch ein zweites Resultat: wirtschaftlichen Wohlstand.

Wir Deutsche haben von der immer engeren Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften ökonomisch enorm profitiert. Und wir in Baden-Württemberg mit unserer stark exportorientierten Wirtschaft erst recht.

In der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts kommt noch ein drittes Motiv hinzu: Die Selbstbehauptung und Gestaltungskraft Europas.

Wir Europäer haben 1950 noch rund 20 Prozent der Weltbevölkerung ausgemacht. Im Jahr 2050 werden es noch etwa 5 Prozent sein. Den Bevölkerungsanteil der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten wird man bald nur noch in Promille messen können, nicht mehr in Prozent.

Niemand kann sich einbilden, dass unsere Interessen in Zukunft noch gehört werden, wenn Frankreich oder Spanien oder die Niederlande oder Großbritannien oder Polen oder Deutschland Politik auf eigene Faust versuchen.

Nur ein geeintes und handlungsfähiges Europa kann in der Welt von heute für seine Grundwerte – Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaat, Demokratie, soziale Marktwirtschaft – wirksam eintreten und dafür sorgen, dass diese auch in Form internationaler Regelwerke Niederschlag finden.

Nur ein geeintes und handlungsfähiges Europa kann einen wirksamen Beitrag zur Bewältigung der vielfältigen globalen Krisen leisten, egal ob es sich um Krisenherde, Klimakrise, Migration oder den Terrorismus handelt, um Auswirkungen von globalen sozialen Ungleichheiten oder um die Folgen der Digitalen Revolution.

Friede und Freiheit, Wohlstand, nachhaltige Entwicklung und die Selbstbehauptung Europas, diese Ziele zeigen, dass die Europäische Integration ein strategisches Kerninteresse unseres Landes ist. Früher hätte man gesagt: die Europäische Integration ist Kernelement deutscher Staatsräson.

Die gegenwärtige Krise könnte uns nun jedoch um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurückzuwerfen. Es könnte sein, dass „Europa aus der Geschichte fällt“ wie Frankreichs Premier Manuel Valls sagte.

Eine Renationalisierung der Grenzen würde den Schengen-Raum zerstören, in erheblichem Umfang wirtschaftlichen Wohlstand vernichten, und den inneren Frieden und Zusammenhalt in der Europäischen Union gefährden.

Die mangelnde Solidarität in Europa, der Rückzug ins Nationale und den vermeintlich sicheren Hafen des Vertrauten – all das ist brandgefährlich. Im Hin- und Herschieben von Migrant\*innen wird bereits jetzt spürbar, wie sich die Konflikte zwischen den europäischen Nachbarn aufschaukeln, solange es noch keine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik gibt.

Doch wir haben Europa nötiger denn je. Wer soll denn sonst eine Antwort auf die neue Politik Russlands finden, wenn nicht die EU? Wer soll denn sonst eine Stabilisierung Syriens verhandeln, wenn nicht die EU? Wer soll in Zeiten zunehmender Unordnung den Frieden gegenüber fremden Mächten garantieren, wenn nicht die EU als Ganzes?

Deshalb müssen wir auch alles daransetzen, eine europäische Lösung für die Migrationskrise zu finden. Und deshalb unterstütze ich auch den Kurs der Kanzlerin: Fluchtursachen bekämpfen, europäische Außengrenzen sichern, Hot Spots einrichten, und wenn dies alles geschehen ist: über eine faire Verteilung der Flüchtlinge über die gesamte EU verhandeln.

Bei der europäischen Lösung der Flüchtlingskrise könnte ein finanzielles Anreizsystem helfen, das die Aufnahme von Flüchtlingen belohnt. Man könnte dabei Rücksicht nehmen auf die Höhe der Arbeitslosigkeit eines Landes.

Europäische Lösungen sind gegenwärtig wahrlich nicht leicht zu erreichen. Doch ich halte es mit Joschka Fischer, der sagte: „Ja, Europa ist der immerwährende Kompromiss.“ (Zeit, 18.2.16)

Und ich setze insgesamt auf Europa. Denn zu Europa gibt es in einer globalisierten, unsicherer werdenden Welt keine vernünftige Alternative.

## IV. Politik für eine gelingende Integration

Wie auch immer die Lösung aussehen wird, wie groß auch immer die weitere Migration nach Europa und nach Deutschland sein wird. Viele sind bereits da, und viele davon werden bleiben.

Viel wird daher davon abhängen, wie uns die Integration dieser Menschen gelingt.

Das Ergebnis einer gelungenen Integration ist ein gutes Miteinander von Neuankömmlingen und Alteingesessenen, oder wie man hier in Stuttgart sagt: von Reischmeckle und Urschwaben.

Deshalb ist Integration so essentiell. Von ihr hängt der Zusammenhalt unserer Gesellschaft unmittelbar ab.

In der Vergangenheit haben wir vieles richtig gemacht. Die Zuwanderung nach Baden-Württemberg ist insgesamt eine Erfolgsgeschichte.

Bei uns leben überdurchschnittlich viele Bürger migrantischer Herkunft, rund 27 Prozent, ihre Integration ist überdurchschnittlich gelungen. Das zeigt, dass auch der gesellschaftliche Zusammenhang bei uns überdurchschnittlich gut ist.

Aber wir haben auch einige Fehler gemacht, die wir künftig vermeiden müssen: Der eine geht – wenn man die historischen Ursprünge etwas vereinfachend betrachtet – eher auf das Konto des linken politischen Lagers, der andere eher auf das Konto des rechten.

Der erste große Fehler war eine falsche Toleranz gegenüber Verhaltensweisen, die mit den Werten unserer Verfassungsordnung nicht vereinbar sind. Die Lehre daraus ist: wer zu uns kommt, müssen wir auch fordern.

Das bedeutet nicht, dass die Zuzügler ihre kulturelle Identität ablegen müssen. Der Staat darf seine Bürger nicht nötigen, er darf ihnen keinen kulturellen oder religiösen Wertekanon aufdrängen, er darf nichts ins Wohnzimmer hineinregieren und festlegen, was auf den Tisch kommt und welche Sprache dort gesprochen wird.

Wir verlangen keine Assimilation. Der Sinn der Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes ist es ja gerade, Verschiedenheit zu ermöglichen.

Aber wir erwarten auf der anderen Seite die klare Anerkennung der Pflichten, die sich aus unserem Grundgesetz und der darauf basierenden Rechtsordnung ergeben. Daran muss sich jeder vom ersten Tag an orientieren, ob er nun eines Tages wieder in sein Heimatland zurückkehrt oder nicht.

Der zweite große Fehler war es, die Hürden des Zugangs in unsere Gesellschaft, in unsere Kultur, zu hoch zu legen. Damit meine ich etwa den Zugang zu unserer Sprache. Die Lehre daraus ist: Wer zu uns kommt, den müssen wir auch fördern.

Die Sprache ist dabei ganz zentral. Sie ist das Mittel der Verständigung, des Selbstbewusstseins und des Dialogs.

Flüchtlinge haben mit ihrer Heimat auch die Möglichkeit verloren, sich gesellschaftlich zu artikulieren. Diese Sprachlosigkeit müssen sie überwinden.

Deshalb fördern wir den Erwerb von Sprachkenntnissen, haben für schulische Sprachförderangebote über 1.000 Lehrerstellen bereitgestellt. Und zusätzliche 2,4 Mio. Euro für die Sprachför-

derung in Kindertagesstätten für Flüchtlingskinder und ihre Familien. Jeder Euro, den wir hier investieren, ist Gold wert.

Auch die Schaffung von Wohnraum ist für die Integration von zentraler Bedeutung.

Für die Wohnraumförderung tun wir bereits sehr viel. Wir hatten sie bereits vor der Flüchtlingskrise gegenüber der Vorgängerregierung verdoppelt.

Mit dem Beginn der Flüchtlingskrise haben wir für die Kommunen im Doppelhaushalt 2015, 2016 rund 60 Mio. 18 Euro für ein Bauprogramm für Flüchtlingsunterkünfte bereitgestellt.

Aber klar ist auch: In den kommenden Jahren müssen und werden wir hier noch einmal deutlich zulegen müssen. Wir werden unsere Kommunen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Ein wichtiger Schritt ist auch, dass der Bund – wie von mir schon länger gefordert – steuerliche Abschreibungen ermöglicht, um privates Kapital freizumachen.

Dabei spreche ich mich für eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge aus. Sie können weiterhin Verwandte in anderen Bundesländern besuchen oder zu Vorstellungsgesprächen in eine andere Stadt fahren. Aber der Lebensmittelpunkt muss in der Kommune liegen, der sie zugeteilt werden. So können wir die Flüchtlinge besser verteilen, verhindern eine Ghettoisierung in den Großstädten und Schaffen dadurch die Voraussetzung für eine bestmögliche Integration.

Neben den klassischen Fragen der Integration stellen sich bei einer so großen Zahl von Zuzüglern noch zwei weitere Aufgaben:

Zum einen geht es um die Frage der Gerechtigkeit der Ressourcenverteilung. Wie stark profitieren die Neuen etwa von einem Programm für den sozialen Wohnungsbau, wie stark profitieren die Alteingesessenen? Hier müssen wir wachsam sein und auf eine gerechte Verteilung achten, alles andere wäre sozialer Sprengstoff.

Zum anderen geht es um die Frage der kulturellen Identität. Wie kann unser Land für die, die kommen, zur neuen Heimat werden, und wie kann es gleichzeitig für die, die schon da sind, eine Heimat bleiben, die nichts von ihrer Qualität verliert?

Dabei geht es um Sprache und Traditionen, um Kunst und Kultur, um Geistesgeschichte und Brauchtum und die spezifischen Sitten vor Ort. Sie prägen und helfen uns. Und halten uns enger bei einander, als uns das in ruhigeren Zeiten bewusst ist.

Und es geht dabei immer ganz entscheidend um Menschen, die in diesen Fragen vermitteln und für andere zur Identifikationsfigur werden.

Ob unser Land zur neuen Heimat wird und die gewohnte Heimat bleibt, hängt stark von diesen Menschen ab, die in Sport und Kunst, in Bildung und Wissenschaft, in der privaten Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst zum Vorbild werden. Diese Menschen wollen wir stärken und unterstützen.

Insgesamt wird überdeutlich: Die mit dem Thema Integration verbundenen Aufgaben nehmen zu, nicht ab. Forderungen nach einer Abschaffung des Integrationsministeriums halte ich deshalb für abwegig.

Richtig ist das Gegenteil: Wir müssen das Integrationsministerium stärken und für neue Herausforderungen rüsten.

## V. Politik für einen modernen Islam

Die Mehrzahl der Flüchtlinge, die gegenwärtig zu uns kommen, sind Muslime aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Sie sind meist vor islamistischen Fundamentalisten, oder, in den Worten des Schriftstellers und Orientalisten Navid Kermani, vor „religiösen Faschisten“ geflohen, die ihre Heimat brandschatzend, mordend und vergewaltigend in Schutt und Asche gelegt haben.

Hier in Deutschland prägt jedoch gerade dieser religiöse Fundamentalismus und Fanatismus mehr und mehr das Bild, das sich viele vom Islam machen. Beides, religiöser Fundamentalismus und Islam, Täter und Opfer, werden zunehmend in einen Topf geworfen.

Erschwerend kommt hinzu, dass der religiöse Fundamentalismus und Fanatismus die Religion als Rekrutierungsfeld für Terrorismus nutzt. Das bedeutet, es ist nicht ausgeschlossen, dass beides bisweilen auf demselben Boden stattfindet, die kulturschöpferische Weltreligion Islam und die davon fundamental verschiedene, zerstörerische Perversion des Islamismus.

Kann das gut gehen?

Ich halte die Unterscheidung von Islam und fundamentalistischem Islamismus für eine Kernfrage für die Integration von Muslimen und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wir müssen das eine vom anderen glasklar trennen, auch und gerade weil der islamistische Terrorismus gegenüber dem Islam übergriffig wird:

Der Islam gehört zu Deutschland und zu Baden-Württemberg, oder genauer gesagt: der in unsere Verfassungsordnung inkulturierte Islam. Der fundamentalistische Islamismus hingegen nicht. Er ist ein Feind unserer offenen Gesellschaft.

Dies stellt Anforderungen an den Islam selbst, gegenüber fundamentalistischen Kräften Widerstand zu leisten und sich von radikalen Perversionen zu reinigen.

Und es stellt Anforderungen an unseren Staat, der genau hinschauen und zwischen Islam und Islamismus scharf trennen muss.

Radikalen oder gar gewaltbereiten und gewaltverherrlichenden Fundamentalismus und seine finanziellen und ideologischen Quellen bekämpfen wir und statten unsere Sicherheitsbehörden dementsprechend aus. Auch die Präventionsprogramme gegen eine Radikalisierung von Jugendlichen haben wir gerade noch einmal aufgestockt.

Die Weltreligion des Islam aber genießt den vollen Schutz unserer Verfassung.

Das bedeutet: Kein Raum dem Fundamentalismus, aber zugleich die Räume für den „Volksislam“ erweitern, von dem die Mehrzahl der Muslime in Deutschland geprägt sind.

Deshalb wollen wir in den kommenden Jahren den islamischen Religionsunterricht als reguläres Fach für muslimische Kinder und Jugendliche einführen und den Unterricht von Religionslehrern und Imamen an unseren Universitäten stärken.

Das ist im Übrigen auch die beste Prävention gegen Radikalisierung.

In einem Religionsunterricht, der von Lehrern erteilt wird, die an unseren Universitäten ausgebildet wurden, haben die Kinder die Chance, ihre Religion authentisch und auf dem Niveau einer Hochkultur kennenzulernen.

In diesem Zusammenhang möchte ich an eine wichtige islamische Tradition erinnern: den Sufismus.

Von Rumi, einem der bekanntesten Vordenker dieser Tradition, stammt der Satz:

„Für die, welche lieben, gibt es nicht Moslems, Christen, Juden.“

Wo, wenn nicht bei uns, an unseren Universitäten und Schulen, solle eine solche auf Toleranz ausgerichtete Auslegung des Islam den nötigen Raum erhalten?

Navid Kermani hat Recht, wenn er in seiner Friedenspreisrede sagt:

„Goethe und Proust, Lessing und Joyce haben schließlich nicht unter geistiger Umnachtung gelitten, dass sie fasziniert waren von der islamischen Kultur. Sie haben in den Büchern und Monumenten etwas gesehen, was wir, die wir oft genug brutal mit der Gegenwart des Islams konfrontiert sind, nicht mehr so leicht wahrnehmen.“

Ich will, dass unsere Universitäten zu Orten werden, an denen Muslime und Nicht-Muslime der reichen intellektuellen Tradition des Islam, die auch viele europäische Denker geprägt hat, neu begegnen können, wo wir etwas von islamischer Gelehrsamkeit erfahren können. So hat es kürzlich ein Wissenschaftler vom Islaminstitut Tübingen ausgedrückt.

Ein auf diese Weise in unsere säkulare Gesellschaft integrierter Islam kann dann auch zur Bereicherung unserer eigenen Kultur werden und global zu einem anspruchsvollen Gegenangebot zu fundamentalistischen Verzerrungen: ein moderner, europäischer Islam, dialogfähig mit einer säkularen Gesellschaft.

Kulturelle Vielfalt, meine Damen und Herren, bedeutet für mich allerdings nicht kulturelle Beliebigkeit. Gerade in diesen Umbruchzeiten müssen wir uns wieder der eigenen kulturellen Identität stärker und aufs Neue vergewissern, indem wir uns befragen: Was an unserer Identität ist universal, europäisch, deutsch, landsmannschaftlich?

Neben all diesen Zuschreibungen sollten wir nicht vergessen, dass die Menschen an sich verschieden sind, und zwar jeder. Pluralität ist daher die Grundlage von Politik (Hannah Arendt).

## **VI. Politik für innere Sicherheit und inneren Frieden**

Der gerade erwähnte fundamentalistische Terrorismus hat einen großen Anteil daran, dass etwa 2/3 der Deutschen derzeit das Gefühl haben, in unsicheren Zeiten zu leben. Viele zweifeln, ob der Staat noch imstande ist, für ihre Sicherheit zu sorgen. Sie fragen: Ist der Staat angesichts neuer Bedrohungen noch handlungsfähig?

Meine Damen und Herren,

meine Partei entstand seinerzeit aus der Opposition gegen so manche obrigkeitstaatlichen Planungen und Maßnahmen. Deshalb verwundert es nicht, dass wir Grüne uns zunächst einmal der Bürgergesellschaft verpflichtet sahen und demonstrativ eine gewisse Staatferne kultivierten.

Ich habe aber im Laufe meines Lebens die Erfahrung gemacht, dass ein sicherer Rechtsstaat der beste Garant einer demokratischen Bürgergesellschaft mit unterschiedlichen Lebensstilen, Interessen und Meinungen ist.

Freiheit gibt es nicht ohne Sicherheit.

Deshalb nehme ich die Zweifel der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst.

Wir reagieren auf jedes Anzeichen einer Aufweichung des Gewaltmonopols des Staates schnell und konsequent:

Auf die Anschläge in Paris haben wir mit Antiterrorpaketen reagiert. Nach den Ereignissen der Silvesternacht in Köln haben wir die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum deutlich gestärkt.

Mit dem Personalabbau der Vorgängerregierung bei der Polizei haben wir Schluss gemacht und 400 neue Stellen geschaffen. Allein im Rahmen der Anti-Terror-Pakete sind 200 Stellen für Polizei, Verfassungsschutz und Justiz hinzugekommen. Auch unsere Polizeireform sorgt für mehr Polizeikräfte vor Ort.

Für uns ist klar:

Keine Freiheit den Feinden der Freiheit. Gegen terroristische Aktivitäten steht nicht nur der Wille des ganzen Volkes. Wir gehen auch mit allen verfügbaren staatlichen Mitteln dagegen vor.

Null Toleranz gegenüber den Feinden der Toleranz. „Wer ein Problem mit Frauen hat“ und sich so benimmt wie die Täter der Silvesternacht von Köln, „kann gleich wieder gehen“ (Cem Özdemir).

No-Go-Areas wird es mit uns nicht geben, eine Privatisierung der Sicherheit werden wir schon im Keim ersticken.

Der öffentliche Raum ist uns heilig, nicht nur, um sicher und unbeschwert von A nach B zu kommen oder mit Freunden auszugehen, sondern auch als konstitutives Element unserer Demokratie.

Die Statistik zeigt: Baden-Württemberg ist eines der sichersten Bundesländer, wir haben eine der niedrigsten Kriminalitätsraten und eine der höchsten Aufklärungsquoten in Deutschland.

Wir werden dafür sorgen, dass das auch so bleibt und in den kommenden Jahren unsere Politik der inneren Sicherheit und der Stärkung der Polizei weiter kraftvoll fortsetzen.

## VII. Politik für Demokratie und Bürgergesellschaft

Meine Damen und Herren,

gesellschaftlicher Zusammenhalt ist auch eine Frage der Bürgergesellschaft. Hier liegen wir in Baden-Württemberg weit vorne.

Ohne die Tugenden der Bürgergesellschaft, ohne Gerechtigkeitsempfinden und Solidarität, Hilfsbereitschaft und Gemeinwohlorientierung hätten wir den Zuzug der Flüchtlinge gar nicht bewältigen können.

Fast über Nacht ist eine der größten Bürgerbewegungen der jüngeren deutschen Geschichte entstanden:

Hunderttausende von Menschen, die bei der Unterbringung mithelfen, die Versorgung organisieren und bei den ersten Schritten der Flüchtlinge in einem fremden Land behilflich sind.

Ohne die Ehrenamtlichen von Feuerwehr, Rotem Kreuz, Technischem Hilfswerk und all den vielen anderen könnten wir das Öffentliche Leben auch in ruhigeren Zeiten nicht aufrecht halten. Heute gilt es um so mehr.

Ohne die vielen Vereine, die sich sportlich, sozial, kulturell oder ökologisch engagieren, sähe es in Stadt und Land traurig aus.

Ohne die Kirchen mit ihren Gemeinden und vielfältigen organisatorischen und spirituellen Angeboten, wäre die soziale Temperatur in unserem Land kälter.

Sie alle leisten dem mentalen gesellschaftlichen Zusammenhalt unschätzbare Dienste. Nicht nur, weil sie den Staat entlasten. Sondern weil die Bürgergesellschaft ein hoher Wert an sich ist.

Und weil ehrenamtliches Engagement das beste Mittel gegen gesellschaftliche Polarisierung ist.

Viel zu selten ist bei uns der Gemeinschaftskundeunterricht eine Schule der Demokratie. Viel häufiger ist es das Ehrenamt:

Wer im Vorstand eines Musikvereins war, wer sich aktiv in einer Bürgerinitiative eingebracht hat, oder wer Jugendtrainer im Sportverein war, der hat schon eine „kleine Schule der Demokratie“ absolviert:

Er hat gelernt mit Vielfalt umzugehen und ihre Chancen zu sehen.

Er hat gelernt, unterschiedliche Meinungen zu respektieren und mit verschiedenen Interessen umzugehen.

Er hat gelernt, Verantwortung zu übernehmen.

Und er hat gelernt, Konflikte so auszutragen, dass man sich beim nächsten Treffen noch in die Augen sehen kann. Klar in der Sache, aber konzilient im Ton.

Kurz: Wer diese kleine Schule der Demokratie absolviert hat, der kann zivilisiert streiten. Das ist für eine Gesellschaft ein kaum zu überschätzendes Gut.

In der gegenwärtigen Krise hat sich der Ton dagegen brutalisiert und radikalisiert.

Wir müssen darauf eine doppelte Antwort geben:

Gegen die Feinde der offenen Gesellschaft, gegen Hetze, Hass und Rassismus müssen wir Widerstand leisten und eine klare Haltung zeigen.

Wer Demonstranten auffordert, mit Mistgabeln die „volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen und aus den Pressehäusern zu prügeln“,

wer den Vorschlag macht, auf Flüchtlinge zu schießen, notfalls auch auf Kinder,

wer fordert, dass „an die Wand gestellt werden soll, wer die Völkerwanderung unterstützt“,

der stellt sich damit außerhalb der Gemeinschaft der Demokraten.

Und mehr noch: Er ermutigt durch solche Gewaltretorik dazu, den nächsten Schritt zu gehen und

gewalttätig zu werden.

Das werden wir nicht akzeptieren.

Es ist allerdings nicht jeder ein Rechtsradikaler, der in der gegenwärtigen Krisensituation Ängste äußert, zornig ist und sich eine andere Politik wünscht.

Man sollte solche Leute nicht stigmatisieren, sie nicht pauschal als Rassisten oder Nazis klassifizieren, zumal das für die meisten zum Glück auch nicht zutrifft.

Wir sollten ihnen vielmehr den Weg zurück in den gemeinsamen Diskurs offen halten. Denn das Versprechen und die Hoffnung der Demokratie ist ja die diskursive Verständigung aller.

Daher möchte ich gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode einen breit angelegten Dialogprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes anstoßen.

Ich möchte wissen, worin die Bürgerinnen und Bürger die großen Zukunftsaufgaben für den sozialen Zusammenhalt sehen, wo es Probleme gibt und wie wir sie lösen können.

Dazu wollen wir überall im Land Bürgerforen durchführen.

Dabei ist mir eines wichtig: Wir werden keine Showveranstaltungen machen und keine Kritik verbieten. Das ist die Bringschuld des Staates. Die Bringschuld der Bürgerinnen und Bürger ist es, zivilisiert zu streiten.

Damit dieser Diskurs nicht in Misstönen untergeht, sind wir angewiesen auf eine gemeinsame Sprache. Damit wir die Wirklichkeit verstehen, brauchen wir Sprache, unsere Umgangssprache.

Hannah Arendt schreibt:

„Alles Denken fängt mit der Alltagssprache an und entfernt sich von ihr.“

Sprache ist der Beginn des Denkens und aller Politik. Worte können schlichten, besänftigen, zusammenführen. Doch es gibt auch Worte, die wirken wie Keulen. Wir müssen die richtige Mitte zwischen überspannter „political correctness“ und hemmungslosem Verbalradikalismus finden. Nur in dieser richtigen Mitte kann unsere politische Kultur gedeihen.

Auf der Basis der in den Bürgerforen erarbeiteten Ergebnisse wollen wir eine Zukunftskommission für gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen.

Derartige Beratungsgremien gibt es auf Feldern wie der Wirtschaft oder der Umwelt seit eh und je. Nun ist es an der Zeit für eine Zukunftskommission mit einem gesellschaftlichen Auftrag, mit dem Auftrag, eine Agenda 31 für den Zusammenhalt in Baden-Württemberg zu entwickeln.

Dabei werden wir auf kluge Denker und engagierte Macher aus Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Bürgergesellschaft setzen.

## VIII. Politik für eine starke Wirtschaft

Meine Damen und Herren,

derzeit zeigt sich weltweit: Wo immer die Mittelschicht bröckelt und ausdünnt, da radikalieren sich die Ränder und der gesellschaftliche Zusammenhalt schwindet. Denken sie z.B. an die USA, wo eine sehr große Zahl von Menschen schlicht abgekoppelt ist.

Menschen in hoffnungsloser Lage werden anfällig für Demagogie. Das „Phänomen Donald Trump“, das derzeit auch in Europa um sich greift, erklärt sich so.

Eine starke Mittelschicht, Arbeit für alle, die Teilhabe am Fortschritt und Wohlstand: auch das sind Grundlagen für den Zusammenhalt der Gesellschaft und deshalb ein politisches Kernanliegen für mich.

Dass die Wirtschaft in Baden-Württemberg so hervorragend läuft ist die beste Wegzehrung für den Weg in die Zukunft.

Wir sind die Wachstumslokomotive in Deutschland, wir sind die mit Abstand innovativste Region Europas.

Die Armutsquote ist bei uns niedriger als in allen anderen Bundesländern.

Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa. Wer eine Ausbildungsstelle mit Perspektive hat, der radikalisiert sich nicht. Und das durchlässige duale Bildungswesen, das wir haben, eröffnet vielen gute Aufstiegsperspektiven.

Der Zusammenhalt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist – alles in allem – vertrauensvoll und belastbar.

Das hat sich zuletzt in der Krise gezeigt, als viele Mittelständler hart an die Grenzen gegangen sind, um ihre Leute nicht entlassen zu müssen.

Und es zeigt sich heute darin, dass Belegschaften am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt werden, wenn es gut läuft.

Das zeigt sich auch darin, dass viele Betriebe weit über ihr unternehmerisches Kerninteresse hinaus Sport, Kultur oder soziale Einrichtungen vor Ort fördern.

Die Wirtschaft als Arbeitsgeberin war in den letzten Jahrzehnten der Garant für eine gelingende Integration.

Arbeit bietet eine Lebensgrundlage und eröffnet eine gute Zukunftsperspektive. Die tägliche Zusammenarbeit bringt die unterschiedlichsten Menschen zusammen, und sorgt im besten Fall für Identifikation mit dem Unternehmen und mit unserem Land.

Ein Boschler zu sein, beim Daimler zu schaffen, das gibt Selbstbewusstsein, den Alteingesessenen wie den Migranten.

Weil Arbeit Integration fördert, fördern wir die Arbeitsaufnahme zusätzlich zu den von der Bundesagentur für Arbeit angebotenen Maßnahmen.

Wir haben ein Gesetzespaket geschnürt und sind mit den Arbeitgebern eine Fachkräfteallianz eingegangen.

Wir fördern 220 kommunale Maßnahmen mit einem Gesamtfördervolumen von 14,6 Millionen Euro.

Warum ist die Integration über Arbeit nicht überall so gut gelungen wie bei uns?

Ich meine, das hat einen einfachen, aber voraussetzungsvollen Grund: Wir haben einen gesunden Mittelstand, in den Städten wie im ländlichen Raum. In jedem zweiten Schwarzwaldtal gibt es bei uns den „hidden champion“, der sich erfolgreich auf dem Weltmarkt tummelt.

Wirtschaftlicher Erfolg und technologische Stärke haben in Baden-Württemberg Tradition. Dennoch gilt: Wirtschaftlicher Erfolg ist kein Selbstläufer. Er muss immer wieder neu erkämpft und erarbeitet werden.

Deshalb machen wir unseren Mittelstand fit für die Zukunft. Aufgrund der Digitalisierung sind viele Arbeitsplätze in Gefahr. Damit zukunftsträchtige Arbeitsplätze entstehen können, haben wir in dieser Legislaturperiode rund 700 Mio. Euro in die Umsetzung unserer „digitalen Agenda“ investiert.

Ziel ist, die Digitalisierung in die Breite des Mittelstands zu tragen, ihn zu sensibilisieren und zu unterstützen.

Wir werden unsere Politik für Prosperität und sichere, gute Arbeitsplätze fortsetzen. Wir werden unseren Mittelstand darin unterstützen, auf den Weltmärkten der Zukunft erfolgreich zu sein. Damit Arbeit bei uns weiterhin der Integrationsmotor bleibt, der er in der Vergangenheit war.

Und damit die Menschen in unserem Land weiterhin mit Mut und Optimismus nach vorne schauen können.

## IX. Schlussbemerkungen

Meine Damen und Herren,

ich fasse zum Schluss meines Nachdenkens darüber, was uns zusammenhält, noch einmal zusammen:

**Europa** ist die Basis für Friede, Wohlstand und die Behauptung unserer Werte und Interessen in einer unsicherer werdenden Welt. Daher werde ich weiterhin für 35 europäische Lösungen eintreten. Kämpferisch, aber immer auch kompromissbereit.

Eine gelingende **Integration** ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unerlässlich. Dabei wird es in Zukunft nicht mehr nur um die Neuankömmlinge gehen, sondern ebenso um die Alteingesessenen, um Gerechtigkeitsfragen und Fragen der kulturellen Identität. Dafür werde ich mich stark machen.

Auch die Frage der **religiösen Toleranz** ist eine Kernfrage des Zusammenhalts der kommenden Jahre. Dabei spielt die Trennung von Islamismus und Islam eine wichtige Rolle. Meine Devise ist: Keinen Fußbreit für Islamismus, aber zugleich die Räume öffnen für einen modernen Islam.

Baden-Württemberg ist eines der sichersten Länder der Welt. Wir sorgen dafür, dass das auch so bleibt! Wir werden auf jedes Anzeichen einer Aufweichung des Gewaltmonopols mit konsequent reagieren und unsere Politik der Stärkung der **inneren Sicherheit** und der Polizei weiter fortsetzen.

Baden-Württemberg hat eine starke und lebendige **Bürgergesellschaft**. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, zivilisiert über die zentralen Fragen des Zusammenhalts unseres Landes zu streiten und eine Agenda für den Zusammenhalt unseres Landes entwickeln.

Baden-Württemberg ist ein Land mit einer **bärenstarken Wirtschaft**, mit einem hochinnovativen, erfolgreichen Mittelstand und sicheren Arbeitsplätzen. Gute Arbeitsplätze sind der Schlüssel für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie sind die Grundlage für eine breite, vitale, engagierte Mittelschicht und für eine gelingende Integration. Deshalb werden wir unsere Politik für Prosperität und sichere, gute Arbeitsplätze fortsetzen.

Meine Damen und Herren,

Den Zusammenhalt sichern. Gerade in Umbruchszeiten.

Mit dieser Haltung und mit großer Zuversicht will ich auch die nächsten fünf Jahre gerne weiter für dieses Land arbeiten!

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

**Es gilt das gesprochene Wort.**